Maßstab: Balance von Eigensinn und Fremdverstehen
Zur Analyse der Kritik an der Mediatisierung

Horst Pöttker

Anders, als heute in der systemtheoretisch orientierten Kommunikationswissenschaft üblich, betrachte ich das Verhältnis zwischen Politik und Medien, genauer: zwischen Politikern und Journalisten, aus *handlungstheoretischer* Sicht. Meiner Perspektive liegt die Frage zu Grunde, was Politiker und Journalisten sich „dabei denken", wenn sie miteinander umgehen.

Sich für diese Frage zu interessieren muss nicht bedeuten, die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Funktionsgefüges aus den Augen zu verlieren. Stattdessen ist die im Folgenden verwendete, von Max Weber (vgl. Weber, 1972, 1-16) begründete Methode, den „subjektiven Sinn" von Handlungsweisen deutend und erklärend zu verstehen, mit der Chance verbunden, dass wissenschaftliche Analysen mehr sein können als „intelligentes Reden" (Ulrich Sarcinelli) über Probleme, weil sie (z. B. auf Politiker oder Journalisten) einen rationalisierenden Effekt ausüben, indem sie mögliche Motive eigener und fremder Handlungen zum Bewusstsein kommen lassen.

1. Fragestellung: Mediatisierung der Politik – was ist daran kritikbedürftig?

Im Call for Papers zum Mediensymposium Luzern 2002 steht der lapidare Satz: „Fest steht, dass die Rede von 'Mediengesellschaft' unabdingbar auf die Ausdifferenzierung der Medien zu einem eigenlogischen Teilbereich sowie auf Medialisierungs- oder Mediatisierungsphänomene rekurriert" (Imhof u.a. 2002, 3). Diese Formulierung lässt offen, ob die These zutrifft, die Medienlogik durchdringe und bestimme bereits die ganze Gesellschaft. Auch ich will diese bislang offen gebliebene Frage nicht beantworten, also die Phänomene der Medialisierung oder – synonym – Mediatisierung nicht unter dem Aspekt ihrer Ausstrahlungs- und Prägekraft betrachten. Sie sollen hier vielmehr daraufhin untersucht werden, was an ihnen *kritikbedürftig* sein könnte.

Mediatisierungsphänomene sind bisher vor allem bei empirischen Untersuchungen zur politischen Kommunikation in *Wahlkämpfen* festgestellt worden (vgl. z. B. Holtz-Bacha, 1999, Bohrmann u.a., 2000, Sarcinelli/Schatz, 2002), wobei sie

in der Regel als *erste Schritte* in Richtung einer Mediendemokratie gedeutet werden. Der skeptische Grundton solcher Feststellungen ist oft nur zwischen den Zeilen bemerkbar, etwa wenn die Wahlkampf-Selbstdarstellung von Politikern folgendermaßen beschrieben wird: „Politiker treten schon lang nicht mehr nur in den 'klassischen' Massenmedien und ihren Informationsformaten auf, sondern suchen geradezu die Talkshows (...), das Internet und populäre Events (wie die Love Parade) um Persönliches und Privates – z. T. auch Banales – zu verkünden. Offenbar *müssen* sowohl das politische Marketing als auch die mediale Darstellung politischer Vorgänge immer mehr auf populärkulturelle Verweise und fiktionale Elemente zurückgreifen." (Nieland, 2002, 499)[1] Deutlichere Vorbehalte lassen Thesen erkennen, die das Eindringen der Medienlogik in das Innere des politischen Systems verfolgen, z. B. dass zunehmend Politiker an die Spitze von Parteien oder Regierungen gelangten, die sich durch Telegenität, aber nicht durch Sachkenntnis und Verantwortungsbewusstsein auszeichneten. Noch klarer wird die Kritik, wenn Forschungsergebnisse zusammenfassend als Belege für die *Verdrängung der Politik durch die Unterhaltung* gedeutet werden: „Auch in der Bundesrepublik werden politische Inhalte und Auseinandersetzungen zugunsten von Showelementen mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. (...) Es verdichten sich die Indizien, dass Politik im Unterhaltungsformat auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einer zentralen Bestimmungsgröße von politischer Kultur geworden ist" (Nieland, 2002, 499, 508). Manche Politikwissenschaftler schlagen extrem kritische Töne sogar in Buchtiteln an. Wenn Thomas Meyer an solcher aufmerksamkeitsträchtigen Stelle von „Mediokratie" und der „Kolonisierung der Politik durch die Medien" (Meyer, 2001) spricht, mutet das schon fast wie ein Beleg für die in diesem Band auch diskutierte *Mediatisierung der Wissenschaft* in der Mediengesellschaft an: eine „self fullfilling prophecy"?

Wenn wir feststellen, dass in vielen wissenschaftlichen Äußerungen zu Phänomenen der Mediatisierung nicht nur deskriptiv oder analytisch, sondern mehr oder weniger deutlich auch *wertend* argumentiert wird, muss damit keine Kritik verbunden sein. Dass der Anspruch auf Objektivität oft nur subjektive Interessengebundenheit kaschiert, war schon Max Weber bewusst (vgl. Weber, 1982, 496f.) und ist seit dem Positivismusstreit in der deutschen Sozialwissenschaft eine Binsenweisheit (vgl. Adorno u.a., 1969; Pöttker, 1980, 77-174). Positivistischen Ansprüchen gegenüber ist Vorsicht geboten. Statt die kritisch wertende Dimension von Äußerungen wie der zitierten unterdrücken zu wollen, sollten wir sie als *Gegenstand der Analyse* ernst nehmen. Max Weber hat den Sinn der Reflexion und Diskussion praktischer Wertungen ausdrücklich betont (vgl. Weber, 1982, 510f.): *Warum* neigen wir dazu, Mediatisierungsphänomene als Missstände zu betrachten? Welche *Vorstellungen* liegen dieser Kritik zu Grunde? Noch vor zwei Dekaden haben wir unter dem Stichwort *Steuerungsthese* eine umgekehrte Dominanz der Politik über den Journa-

1 Zu konkreten Beispielen für die hier mit zarter Skepsis erwähnten Phänomene vgl. Dörner, 2001, 112-154.

lismus ebenfalls kritisiert (vgl. z.B. Schatz u.a., 1981). Zusammen genommen legt das die Idee einer wünschenswerten *Balance* nahe. Lässt sich vor dem Hintergrund dieser Idee ein Modell für eine ausgewogene Beziehung zwischen Politik und Medien entwerfen, das als Maßstab taugt, um das Kritikbedürftige einer Dominanz in beiden Richtungen zu erfassen?

In meiner Perspektive kommt dafür ein Modell in Frage, mit dessen Hilfe die wechselseitig aufeinander bezogenen Handlungen von Politikern und Journalisten sich beurteilen lassen. Hans Mathias Kepplinger und Simone Christine Ehmig weisen auf die entscheidende Bedeutung einiger weniger Journalisten für den Prozess der Skandalisierung von Missständen hin[2], Stephan Ruß-Mohl, aber auch Jürgen Heinrich und Frank Lobigs betonen die Wichtigkeit des „homo oeconomicus", des an zweckrationalen Kosten-Nutzen-Kalkülen orientierten Individuums für die Frage, wie sich Qualität im Journalismus fördern lasse.[3] Offenbar gibt es in der Kommunikationswissenschaft jenseits des sytemtheoretischen Denkens also durchaus die Einsicht, dass es notwendig ist, neben Strukturen (z.B. der Medienproduktion und –distribution) auch die *Akteure* und ihre subjektiven *Motive* (inklusive möglicher Irrtümer) ins Auge zu fassen.

Dabei sollte allerdings bewusst bleiben, dass der handlungstheoretischen Perspektive, jedenfalls wenn sie auf Max Weber zurückgreift, lediglich ein *methodologischer* Individualismus zu Grunde liegt. Letztlich will dieser Ansatz nicht auf einzelne Handlungen, sondern deren *Regelmäßigkeiten* und ihnen zu Grunde liegende *Muster* von subjektivem Sinn bei zahlreichen Akteuren, also auf Handlungs*weisen* hinaus, indem er die soziale Realität an *Idealtypen* misst. Weber hat die Brücke von der Handlungstheorie zur Strukturanalyse geschlagen, als er darauf hinwies, dass „sogenannte ‚soziale Gebilde', wie ‚Staat', ‚Kirche', ‚Genossenschaft', ‚Ehe' usw. (...) ausschließlich und lediglich in der *Chance*" bestehen, „dass ein seinem Sinngehalt nach in angebbarer Art aufeinander eingestelltes Handeln stattfand, stattfindet oder stattfinden wird. Dies ist immer festzuhalten, um eine ‚substanzielle' Auffassung dieser Begriffe zu vermeiden." (Weber, 1972, 13).

In dieser hier geteilten Sichtweise sind der Staat oder das, was wir „Medien" nennen, aber auch Berufe wie die Politik oder der Journalismus keine Gebilde, sondern nicht mehr und nicht weniger als *erwartbare Regelmäßigkeiten* von Handlungen bei vielen Menschen.[4] Eine Wissenschaft, die sich mit der Beziehung zwischen Politik und Journalismus befasst, hat, ob sie es will oder nicht, auf solche Handlungsweisen Einfluss, weil sie nicht ohne Folgen dafür bleibt, welchen subjektiven Sinn Politiker und Journalisten ihrem Handeln unterlegen. Auch wenn dieser Einfluss schwach ist, haben die Wissenschaftler ihn zu verantworten.

2 Vgl. den Beitrag von Kepplingen/Ehmig in diesem Band.
3 Vgl. die Beiträge von Ruß-Mohl und Heinrich/Lobigs in diesem Band.
4 Zu erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundfragen einer Handlungstheorie nach Max Weber vgl. Pöttker, 1997, 25-72.

Vor der handlungsbezogenen Argumentation zunächst einige Bemerkungen zum gesellschafts- und demokratietheoretischen Hintergrund der Kritik an der Mediatisierung:

Ob wir tatsächlich in einer *Mediengesellschaft* leben, erscheint ungewiss. Bei der Jahrestagung 2002 der „Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft" galt die *Mediendemokratie* schon als Realität, wenn in der Einladung die „Mediatisierung der Politik" als „ein universelles Phänomen" charakterisiert wurde. Dort fand sich der Satz: „Durch die Omnipräsenz der Medien verändern sich politische Systeme in ihren Abläufen und Handlungsrationalitäten" (Donsbach, 2002). Sind die Medien tatsächlich omnipräsent? Ist der auf legitime, weil sachdienliche Herrschaft gerichtete politische Diskurs auch außerhalb von Wahlkämpfen bereits durch die Aufmerksamkeitsökonomie des Medienhandelns verdrängt, z. B. in Ausschusssitzungen, bei Regierungstreffen und anderen entscheidungsträchtigen Kommunikationen unter Politikern, zu denen die Öffentlichkeit keinen Zutritt hat? Oder ist sie nur aus Wahlkämpfen und öffentlichen Parlamentsdebatten in andere, verborgene, aber für den Inhalt der Herrschaft nicht weniger wichtige Bereiche abgedrängt worden?

Diese Fragen müssen vorläufig unbeantwortet bleiben. Vielleicht sind sie auch gar nicht empirisch beantwortbar. Unabhängig von möglichen Antworten argumentieren denn auch zwei gesellschafts- und demokratietheoretisch begründete Varianten der Kritik an der Mediatisierung:

Die erste betont den Aspekt der *Legitimation*. Da Medienleute im Unterschied zu Abgeordneten nicht gewählt werden, beklagt diese Kritik einen Legitimitätsverlust des politischen Entscheidungsprozesses, wenn die Aktivitäten der staatlichen Gewalten zunehmend von den Medien und ihrer Aufmerksamkeitslogik beherrscht werden. Eine ganz ähnliche Kritik wird traditionellerweise am ebenfalls nicht durch Wahlen legitimierten Einfluss von Wirtschaftsinteressen und Verbänden auf die Politik geübt. Problematisch an dieser Sichtweise ist, dass sie ein *formelles* Legitimitätskriterium auf *informelle* Verhältnisse überträgt. Daher erscheint die Kritik obsolet, so lange die institutionalisierten Prozeduren von Wahlen, parlamentarischer Gesetzgebung usw. eingehalten werden.

Die zweite demokratietheoretisch fundierte Kritikvariante überzeugt mehr: Auch wenn kein Verlust des auf Sachfragen und die Legitimität von Problemlösungsentscheidungen gerichteten Herrschaftsdiskurses an sich zu beklagen ist, sondern „nur" dessen Rückzug „in die Verästelungen parlamentarischer Kommissionen einerseits, auf supranationale Ebene andererseits" (Imhof u.a. 2002, 8), ist das bedenklich genug. Da wesentliche politische Entscheidungen in Demokratien nach wie vor bei Wahlen und in Parlamenten getroffen werden, zeigen die Befunde zur Mediatisierung von Wahlkämpfen und Parlamentsdebatten mit Sicherheit einen *Verlust an Transparenz und öffentlicher Kontrollierbarkeit* des Herrschaftsvollzugs, auch wenn sie nicht das Ende des klassischen Herrschaftsdiskurses im Sinne seiner totalen Unterwerfung unter den Mediendiskurs bedeuten.

Es ist kaum zu befürchten, dass das rationale Aushandeln von sachdienlichen Problemlösungsentscheidungen zwischen konkurrierenden Machtblöcken und gesellschaftlichen Interessen durch die Expansion der Medienlogik gänzlich verschwindet. Zu befürchten ist vielmehr, dass dieses „Kerngeschäft der Politik" an *Aufmerksamkeitswert, Durchschaubarkeit* und daraus folgender *Teilnahmebereitschaft* der Bürger verliert[5], wobei die Kausalität keine Einbahnstraße sein dürfte. Nicht nur kann ein Schwund an Transparenz und Partizipation auf die Expansion der Medienlogik zurückgehen, auch die Expansion der Medienlogik kann durch zunehmendes *Desinteresse an einer hermetischen Sachpolitik* begünstigt werden. So gesehen bedeutet Mediatisierung nicht nur „Kolonisierung der Politik" durch vermeintlich allmächtige Medien, sondern auch Resignation des Journalismus gegenüber der Sperrigkeit des Herrschaftsdiskurses, sei sie nun mit überkomplexen Sachfragen notwendigerweise verbunden, sei sie auch von Politikern, die sich in ihr „Kerngeschäft" nicht gern hineinsehen lassen, erst herbeigeführt.

Auch aus der Kritik, dass der Herrschaftsdiskurs mit der Mediatisierung kaum weniger rational, wohl aber weniger öffentlich zu werden droht, ergeben sich allerdings noch *keine praktikablen Hinweise für das Handeln* von Politikern oder Journalisten. Eine Kritik an der Mediatisierung, die praktischer Vernunft dienen soll, bedarf eines handlungstheoretischen Konzepts.

2. Emile Durkheim und die Balance von Eigensinn und Fremdverstehen

Beim Mediensymposium 2000 war ausführlich von *Emile Durkheims* klassischer Theorie der *Integration moderner, arbeitsteiliger Gesellschaften* (vgl. Durkheim, 1977) die Rede (vgl. Pöttker, 2002). Für die Entwicklung begrifflicher Konzepte stellt diese „Ursprache der funktionalen Differenzierung" (Kurt Imhof) nach wie vor eine wertvolle Grundlage dar. Denn da sie noch ganz am Anfang der Ausdifferenzierung und Parzellierung auch der Sozialwissenschaft selbst formuliert wurde, vernachlässigt sie weder die subjektive Seite der dem Handeln unterlegten Intentionen, die durch Sozialisation beeinflusst werden, noch verliert sie die objektive Seite des gesellschaftlichen Funktionsgefüges aus den Augen.

Auch in den pluralistischen Gegenwartsgesellschaften ist ein Mindestmaß an *Homogenität*, z. B. an Konsens über die Geltung der Menschenrechte, für den sozialen Zusammenhalt notwendig. Dennoch erscheint im Hinblick auf die Kritik an der Mediatisierung ein Integrationsbegriff erhellender, der die *funktionale Differenzierung*, die Arbeitsteilung auch zwischen Politik und Journalismus, *nicht in Frage stellt*, in der die notorischen Missverständnisse und Konflikte zwischen den beiden Berufen ihre strukturelle Ursache haben.

5 Aufschlussreich dazu ist die Debatte über den Zusammenhang von Politikverdrossenheit und Mediendiskursen. Vgl. z. B. Pöttker, 1996.

Wie Integration unter der Bedingung funktionaler Differenzierung möglich ist, kann vor allem Durkheims Überlegungen zu den anomalen, „pathologischen" Formen der sozialen Arbeitsteilung entnommen werden. Er weist zunächst darauf hin, dass solche nicht-homogenisierende Integration nicht entstehen könne, wenn die einzelnen Institutionen, die er in der biologistischen Terminologie des 19. Jahrhunderts „Organe" nennt, „keinen genügenden Kontakt haben" (Durkheim, 1977, 14). Für handelnde Subjekte heißt das bei intaktem sozialem Zusammenhalt: „normalerweise verlangt das Spiel einer jeden speziellen Funktion, dass sich das Individuum nicht eng darin einschließt, sondern in ständigem Kontakt mit den Nachbarfunktionen bleibt, ihrer Bedürfnisse der Veränderung, die dort eintreten, bewusst wird usw" (Durkheim, 1977, 415). Damit wird – im weitesten Sinne des Wortes – das *Wissen* der einzelnen Funktionsparzellen voneinander zum zentralen Faktor von Integration.

Für den integrativen Effekt kann es nicht gleichgültig sein, *was* die Funktionsparzellen der komplexen Gesellschaft voneinander wissen und übereinander denken. Durkheim stellt fest, dass es darum gehe, jedem „Individuum begreiflich zu machen, dass es nicht allein bestehen kann, sondern ein Teil des Ganzen ist, von dem es abhängt" (Durkheim, 1977, 403). Ein wichtiges Bindemittel komplexer Gesellschaften ist also das *Bewusstsein vom Aufeinander-angewiesen-Sein* der verschiedenen Institutionen[6] und Berufe.

Damit ist es freilich auch noch nicht getan. Durkheim betont, es genüge nicht, „dass es ein System von einander notwendigen Organen gibt, die auf allgemeine Weise ihre Solidarität fühlen, sondern dazu muss auch die Art und Weise bestimmt sein, wie sie mitwirken müssen, wenn auch nicht in jeder Art der Begegnung, so doch in den häufigsten Umständen" (Durkheim, 1977, 407). (Die letzte Bemerkung zeigt, dass Durkheim das Problem der für die Möglichkeit subjektiver Sinnbildung notwendigen *Komplexitätsreduktion* gesehen hat, aus dem die moderne Systemtheorie ein Argument gegen handlungstheoretische Orientierungen macht.)

Was die Teile einer komplexen Gesellschaft wirksam zu verbinden vermag, ohne ihre Verschiedenartigkeit in Frage zu stellen, ist nach Durkheim also nicht nur die gemeinsame Anerkennung abstrakter Werte, etwa Menschenwürde oder Gerechtigkeit, sondern auch das in jeder Funktionsparzelle lebendige Wissen, worin der Nutzen der anderen Funktionsparzellen besteht. Das Bindemittel des modernen, nicht homogenisierenden Typs von Integration ist das *konkrete Bewusstsein* der verschiedenen Institutionen von der *Funktionalität* zumindest der wichtigsten *anderen* Institutionen.

Für das Verhältnis von Politik und Journalismus bedeutet das, dass sich beide Seiten trotz ihrer divergenten Eigenlogiken die Nützlichkeit und Notwendigkeit der jeweils anderen Seite bewusst halten. Die *Grenze* der funktionalen Normalität des notorischen Konflikts zwischen Politikern und Journalisten verläuft da, wo einer der beiden Berufe den anderen nicht mehr hinsichtlich dessen Orientierung an seiner be-

6 Unter *Institution* verstehe ich ein gesellschaftliches Gebilde, das eigens dazu da ist, eine bestimmte oder wenige ausgewählte Funktion(en) zu erfüllen.

sonderen Aufgabe respektiert und deshalb *die Funktionsfähigkeit der anderen Seite beeinträchtigt*. Das kann natürlich auch beiderseitig und sich wechselseitig verstärkend geschehen.

Legt man Durkheims Konzept zugrunde, ist freilich noch eine weitere dysfunktionale Möglichkeit zu beachten. Die moderne, funktionale Pluralität intakt lassende Integration beginnt mit dem Bewusstsein des Handlungssubjekts von der besonderen *eigenen Aufgabe*. Erst von diesem Bewusstsein aus wird begreiflich, dass auch andere sich an *ihrer* Aufgabe orientieren müssen, wenn das Ganze funktionieren soll. Daher kann das Funktionsgefüge einer komplexen Gesellschaft auch dadurch gestört werden, dass Akteure die Aufgabe ihrer *eigenen* Institution aus den Augen verlieren und sich die Rationalität anderer Institutionen und Berufe zu eigen machen bzw. aufdrängen lassen. Wenn die ganze Gesellschaft sich nicht darauf verlassen kann, dass jedes Funktionssegment zumindest auf seine eigene Aufgabe schaut, ist das *Zusammenspiel* aller Funktionssegmente *gefährdet*.

Für die Beziehung von Politik und Journalismus bedeutet das: Es wäre nicht nur problematisch, wenn Politiker die besonderen Aufgaben des Journalismus über ihrem legitimen Herrschaftsanspruch ignorierten und beispielsweise die Kommunikationsfreiheit durch gesetzliche Maßnahmen bis zur Funktionsunfähigkeit der Medien einschränkten. Nicht weniger problematisch wäre, wenn sie sich in einem Maße an die Logik der Öffentlichkeitsproduktion anpassten, dass sie darüber die genuinen Ziele und Verfahrensweisen *ihres* Funktionssegments, das „politische Kerngeschäft" und die darauf zugeschnittene Rationalität, vergäßen. Mit dem Stichwort *Mediatisierung* kann auch gemeint sein, dass dies mit der Politik gegenwärtig geschieht.

Aus handlungstheoretischer Perspektive lässt der Begriff Mediatisierung offen, ob, wie es Thomas Meyer mit seinem Buchtitel (vgl. Meyer, 2001) insinuiert, das Verblassen der auf Sachdienlichkeit gerichteten Herrschaftslogik in den der Öffentlichkeit zugänglichen Politikbereichen auf einer *Kolonisierung* der Politik durch die Medien beruht oder darauf, dass sich die Politiker von sich aus an die Eigenlogik des Journalismus *anpassen*. Beides ist möglich, beides ist nach dem Konzept Durkheims kritikbedürftig und beides lässt sich an Mediatisierungsphänomenen beobachten.

Da solche Phänomene aus *Wechselwirkungen* zwischen den Handlungsweisen von Journalisten einerseits und Politikern andererseits resultieren, lassen sich die kritikbedürftigen Anteile auf beiden Seiten anhand derselben Mediatisierungsphänomene illustrieren. Als Anschauungsbeispiel wähle ich den Skandal, der im Juli 2002 zum Rücktritt des deutschen Verteidigungsministers Rudolf Scharping führte und möglicherweise die Bundestagswahl vom 22. September 2002 beeinflusst hat. Dass der Fall (noch) nicht empirisch-quantifizierend untersucht worden ist, erlaubt eine Konzentration auf die *kritikwürdigen Aspekte* des Handelns von Politikern oder Journalisten.

3. Zum Beispiel: Rudolf Scharping und das Verschwinden der Militärpolitik

Der Skandal um den Verteidigungsminister illustriert u.a., dass die Kritik an der Mediatisierung weniger einen Verlust an sachbezogener politischer Rationalität überhaupt als deren Rückzug aus dem öffentlichen Diskurs zu beklagen hat. Scharpings ungewöhnlich hohe Vorschusshonorare von dem Frankfurter PR-Berater Moritz Hunzinger waren von der Hamburger Illustrierten „stern" mit ebenfalls ungewöhnlich hohen Scheckbuchbeträgen recherchiert worden (vgl. Jürgs 2002, Timm, 2002). Hunzinger hat die Echtheit der vom „stern" gekauften Unterlagen bestritten.

Scharpings Rücktritt war der vorläufig letzte in einer Reihe ähnlicher Fälle, bei denen man sich fragt, warum Journalisten so viel über das persönliche Verhalten eines Politikers berichten und so wenig über die Probleme, die er zu bearbeiten hat und für deren Lösung bei Wahlen *demokratische Richtungsentscheidungen* getroffen werden könnten, wenn die Wähler ausreichend über diese Probleme informiert wären.

Auch in der deutschen Militärpolitik fehlt es nach dem Ende des kalten Krieges nicht an lösungsbedürftigen Problemen: Angesichts des hochtechnologischen Charakters moderner Kriege, an denen Deutschland sich im Rahmen internationaler Bündnisse wieder beteiligt, steht die Frage zur Debatte und letztlich auch zur Entscheidung, ob das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei der Unterhaltung einer Wehrpflichtigen-Armee gesellschaftlich vertretbar ist. Die meisten vergleichbaren Industriestaaten sind bereits zu einer kleineren, schlagkräftigen Armee von intensiv ausgebildeten Berufssoldaten übergegangen und haben die Wehrpflicht abgeschafft. Dass die Bundesregierung bisher noch daran festhält, liegt möglicherweise an der Entlastung der Sozialsysteme durch die deutsche Besonderheit des zivilen Ersatzdienstes, der von vielen wehrpflichtigen jungen Männern als Alternative zum Dienst mit der Waffe gewählt wird. Zum Beispiel könnte dieser versteckte Zusammenhang, über den nachzudenken die Politiker und Experten in den zuständigen Gremien nicht herumkommen, vom Journalismus öffentlich gemacht und auf seine Vernünftigkeit durchleuchtet werden, und zwar gerade *vor Wahlen*, deren demokratischer Sinn ja darin besteht, die mündige Bevölkerung *an politischen Weichenstellungen* wie dieser *zu beteiligen*.

Einen öffentlichen, vom Journalismus vermittelten Diskurs über die Wehrpflicht gab es vor der Bundestagswahl vom September 2002 in der deutschen Gesellschaft jedoch kaum. Über die letzte einschlägige Parlamentsdebatte war im Juni 2000 zu berichten gewesen, mehr als zwei Jahre vor der Bundestagswahl (vgl. www.bundestag.de/aktuell/bp/2000/bp0006/0006019.html – 15.3.03). Die zahlreichen im Internet auffindbaren Informationen und Meinungsäußerungen zur Wehrpflicht stammen kaum von Journalisten, sondern fast ausschließlich von interessierten Organisationen wie der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen", der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" oder dem „Bund für soziale Verteidigung", aber auch dem „Deutschen Bundeswehr-Verband" oder dem „Bundesministerium der Verteidigung" selbst.

Der vom Journalismus hergestellte öffentliche Diskurs dagegen konzentrierte sich zwei Monate vor der Bundestagswahl auf die Nebeneinkünfte des Verteidigungsministers. Auch wenn denen im Hinblick auf mögliche Abhängigkeiten eines Politikers zweifellos Bedeutung zukommt[7] – wichtiger, zumal vor Wahlen, sind Sachfragen. Von den Policy-Fragen des Wehr-Ressorts wandte sich der journalistische Diskurs nach Scharpings Rücktritt dann aber vollends ab, weil der Nachfolger ja noch keine einschlägige Politik gemacht haben konnte und weil einem neuen Minister von den Journalisten am Anfang üblicherweise die berühmte „Schonfrist" von 100 Tagen zugestanden wird. In diesem Fall fiel die Schonfrist mit der entscheidenden Phase des Bundestagswahlkampfs zusammen, in dem die Frage „Wehrpflicht – ja oder nein?" schon aus diesem Grunde keine Rolle spielen konnte.

Als besonders kritikbedürftig muss gelten, wenn die Nicht-Thematisierung von komplexen oder kontroversen Policy-Fragen ausdrücklich damit begründet wird, die emotionale Atmosphäre in Wahlkampfzeiten lasse eine rationale Diskussion nicht zu. Das ist eine *offizielle Verabschiedung der Idee demokratischer Öffentlichkeit*, die übrigens in der Aufgewühltheit des Sommers 2002 während der Hochwasserkatastrophe an der Elbe auch in Bezug auf Sachfragen der Umweltpolitik zu hören war. Man müsse solche Frage in Ruhe klären, also nicht ausgerechnet unmittelbar vor Wahlen. Solche Argumente, mit denen der *Rückzug der „policy"* aus dem öffentlichen Diskurs auch noch zum *Vernunftprinzip* erhoben wird, sind sowohl von Politikern als auch von Journalisten zu hören. Ausgerechnet bei der *Ideologisierung der Mediatisierung* in ihrem kritikwürdigsten Aspekt scheinen sich die beiden Berufe einig zu sein.

4. Wie das Handeln von Politikern und Journalisten ineinander greift

Die Eintracht in diesem Punkt leitet über zu dem Versuch, das am Fall Scharping beschriebene Phänomen aus den Handlungsweisen von Journalisten und Politikern zu erklären, wobei die aus Durkheims Integrationskonzept extrapolierte Idee als Maßstab dient, dass für ein funktionales Verhältnis zwischen Medien und Politik auf beiden Seiten eine *Balance von Eigensinn und Fremdverstehen* erforderlich ist. Prämisse: Abweichungen vom Zustand der Balance sind kritikbedürftig, und zwar sowohl in Richtung *Fremdvergessenheit* wie in Richtung *Selbstvergessenheit.*

Wenn in den Medien die Aufmerksamkeit für militärpolitischen Reformbedarf dem Interesse am persönlichen Verhalten des Verteidigungsministers weicht[8], dürfte

7 In diesem Fall war ein von den Medien mit den Honoraren Scharpings in Zusammenhang gebrachtes U-Boot-Geschäft allerdings gar nicht zustande gekommen, und zwar wegen verschärfter Rüstungsexportbeschränkungen (vgl. Stadelmann, 2002). Das spricht eher für Unabhängigkeit der Wehrpolitik.

8 Damit wird nicht behauptet, der Anteil der „Policy"-Themen an der Berichterstattung hätte generell abgenommen. Es handelt sich hier um eine Analyse der kritischen Dimension des Begriffs Mediatisierung, die keine empirischen Aussagen impliziert.

das auch an der subjektiven Motivation der Journalisten liegen, sich auf Themen zu konzentrieren, mit denen großes Publikum erreicht werden kann, ohne dass dafür besondere professionelle Anstrengungen notwendig wären. Zur Tradition des Journalismus gehören aber nicht zuletzt Genres wie die *Reportage* (vgl. Karst, 1976) oder das *kommunikative Interview,* mit denen auch trockene politische Stoffe sich vermitteln lassen. Mediatisierung bedeutet nicht zuletzt *Deprofessionalisierung* des Journalismus im Sinne eines nachlassenden Bemühens, mit Hilfe dieser Arbeitstechniken komplexe Sachfragen für ein breites Publikum transparent zu machen.

Oft wird der Grund für die Deprofessionalisierung in der anhaltenden *Kommerzialisierung* des Mediensystems gesehen. Diese Erklärung erscheint wenig überzeugend, weil sich gerade Vermittlungstechniken, deren Anwendung in der politischen Berichterstattung zu wünschen übrig lässt, im Mediensystem der Vereinigten Staaten herausgebildet haben (vgl. z.B. Grzella/Pfingsten, 1993), das von Anfang an durch und durch kommerziell war. Warum soll die Professionalität durch das kommerzielle Kalkül gefährdet werden, wenn sie sich aufgrund des Interesses amerikanischer Verleger und Journalisten, möglichst große Publika als Käufer und Leser zu erreichen, überhaupt erst entwickelt hat?

Plausibler erscheint, das mittlerweile dominierende Interesse der Medien an der Politikerperson und das Defizit an Bemühungen, komplizierten oder trockenen Sachthemen mit geeigneten Vermittlungstechniken beizukommen, auf eine Neigung der Journalisten zurückzuführen, über ihrer eigenen Aufgabe, dem Herstellen maximaler Öffentlichkeit, die Ziele und Regeln des *politischen Diskurses*, das Erlangen und Ausüben legitimer, weil sachdienlicher Herrschaft, *aus den Augen zu verlieren.*

Durch das ganze neunzehnte bis tief in das zwanzigste Jahrhundert hinein ließ die *Dominanz des Herrschaftsdiskurses* über die Medien solche *Fremdvergessenheit des Journalismus* nicht zu. In der Ära der Partei- und Gesinnungspublizistik, die in Zentral- und Nordeuropa erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu Ende gegangen ist (vgl. Pürer/Raabe, 1994, 22; Hoyer, 1998), hätten die Journalisten es sich gar nicht erlauben können, für die politischen Programmatiken und ihre Konkurrenz kein Interesse zu zeigen. In dieser Epoche war es eher umgekehrt so, dass dem Journalismus von der Politik ein gerüttelt Maß an *Selbstvergessenheit* oktroyiert wurde. Das gipfelte im Selbstverständnis als Propagandist, wie es Lenin (vgl. Lenin, 1901, 11), aber auch Joseph Goebbels (vgl. Bramstedt, 1971) den Journalisten verordnet haben. Erst die *Lockerung der politischen Bindungen* hat ein Überborden des Eigensinns auf Kosten des Fremdverstehens in den Medien möglich gemacht.

Worauf wäre der Hang der Journalisten zur Fremdvergessenheit, ihr wachsendes Desinteresse an Policy-Fragen, noch zurückzuführen? Als weiterer Grund kommt die ebenfalls zunehmende *Komplexität* solcher Sachfragen im Zeitalter der Hochtechnologien und der Globalisierung in Frage. Wenn weder der Journalist noch sein Publikum sich zutrauen, ein Problem durchschauen zu können, weil zu viele unkontrollierbar erscheinende Faktoren hineinspielen, grenzt die Versuchung, sich auf den universalen, jedem Rezipienten vertrauten und daher publizistisch wie ökonomisch *nutzenträchtigen*, zugleich aber auch *kostengünstigen* Faktor der Person

und ihres (Fehl-)Verhaltens (vgl. Heinrich, 1998) zu konzentrieren, schon fast an professionelle Notwendigkeit; zumal in Zeiten sich verschärfender, weniger über Nutzenoptimierung als über Kostenminimierung ausgetragener Medienkonkurrenz und daher knapper werdender Ressourcen für Recherche. Wie soll ein Journalist angemessen differenziert über das Problem der Wehrpflicht berichten, gar im Kommentar ein fundiertes Urteil dazu abgeben, wenn nicht nur die Politiker, sondern sogar die diversen Experten sich über die finanzielle und soziale Ersetzbarkeit des Zivildienstes oder die Auswirkungen einer Berufsarmee auf die auswärtige Politik nicht klar sind? Dann liegt es nahe, sich lieber an die opulenten Nebeneinkünfte und den aufwändigen Lebensstil des zuständigen Ministers zu halten, die viel leichter darzustellen und vor allem zu beurteilen sind.

Wenn Journalisten Sachthemen ausweichen, obwohl ihnen dafür professionelle Vermittlungstechniken zur Verfügung stehen, liegt das aber nicht nur an der Komplexität der Politik. Ein weiterer Grund dürfte sein, dass der Diskurs um legitime Herrschaft und der Diskurs um Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit in demokratischen Systemen mit freien Wahlen nicht getrennt voneinander verlaufen, sondern *ineinander verschränkt* sind. Neben diskrepanten Komponenten der beiden Diskurse, die gegenseitige Unabhängigkeit erfordern, von funktionalen Konflikten (vgl. Coser, 1965) begleitet sind und im Hinblick auf den Journalismus oft mit dem irreführenden, weil in die staatliche Sphäre weisenden Begriff der „vierten Gewalt" bezeichnet werden, gibt es auch Kongruenzen zwischen ihnen.

Insbesondere setzen Erfolge der Politiker im Herrschaftsdiskurs Erfolge im Öffentlichkeitsdiskurs voraus, der eigentlich die Aufgabe der Journalisten ist. Wer gewählt werden will, ist darauf angewiesen, die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen, die sich wiederum nach den *Aufmerksamkeitskriterien des Publikums* richtet. Insofern *müssen* sich Politiker, gerade wenn sie ihr genuines Ziel im Auge haben, legitime Herrschaft zu erlangen und zu erhalten, den Regeln der Öffentlichkeitsproduktion anpassen, die u.a. in *Nachrichtenfaktoren* wie *Personalisierung*, *Thematisierung*, *Nähe* oder *Negativismus* (vgl. Schulz, 1976, 116f.) ihren Ausdruck finden.

Je stärker Politiker sich zweckrational an Wahlen orientieren, desto größer ist die Gefahr, dass sie über der Logik des Öffentlichkeitsdiskurses die auf Sachfragen gerichtete Logik des Herrschaftsdiskurses vernachlässigen. Diese mit zunehmender Demokratisierung der politischen Kultur wachsende Neigung der Politiker zur *Selbstvergessenheit* verstärkt in der Interaktion mit Journalisten noch deren fremdvergessene Neigung, den komplizierten Sachfragen auszuweichen. Wer, wenn nicht die Politiker, sollte die Journalisten den für die Balance von Eigensinn und Fremdverstehen notwendigen Sinn für die sachbezogenen Policy-Anteile des Herrschaftsdiskurses lehren?

Die Gegenstände des Journalismus unterscheiden sich u. a. darin, ob sie mehr zur Logik des politischen Diskurses über Sachfragen passen, was bei *strukturellen Problemen* der Fall ist, oder ob sie sich mehr für den medialen Diskurs eignen, wofür *persönliches (Fehl-)Verhalten* und *(spektakuläre) Ereignishaftigkeit* prädestinie-

ren. Im *ersten Fall* sind Mediatisierungsphänomene weniger auf Selbstvergessenheit der Politiker zurückzuführen, die in geschlossenen Zirkeln nach wie vor nach Lösungsmöglichkeiten für komplexe Probleme suchen, als auf *Fremdvergessenheit der Journalisten*, die zu wenig versuchen, die komplexen Sachprobleme professionell zu vermitteln und stattdessen sogar aufmerksamkeitswirksame Ereignisse *inszenieren*. (Bei Scharpings Rücktritt hat allerdings auch die *Selbstvergessenheit der Politiker* eine Rolle gespielt, weil die Entscheidung des Regierungschefs Schröder, ihn zu entlassen, wohl weniger der Überzeugung entsprang, einen inkompetenten Verteidigungsminister zu haben, als der Furcht, dass fortgesetzte Medienskandale um eine im Amt belassene Person Scharping die Wahlchancen der rot-grünen Regierungskoalition senken könnten.)

Im Falle spektakulärer Ereignisse, die per se besser zur Logik des massenmedialen Diskurses passen, ist Mediatisierung dagegen eher auf *Selbstvergessenheit der Politiker* zurückzuführen. Mit einigem Eigensinn dafür, dass Herrschaft auf Dauer nur durch die öffentlich kontrollierte Bearbeitung von sozialen Problemen legitim wird, könnten sie eine starke Aufmerksamkeit nutzen, wie sie beispielsweise die Flutkatastrophe an der Elbe im August 2002 ohnehin fand, um in deren Schlepptau auch Themen wie dem einer nachhaltigen Vorsorge gegen zukünftige Flutschäden oder sogar dem einer langfristigen ökologischen Strategie im allgemeinen mehr öffentliche Beachtung zu verschaffen. Wenn das in den Wochen nach der Elbflut – in gemessenem Umfang – tatsächlich geschehen ist, schien es mehr dem *Fremdverständnis einsichtiger Journalisten* für die Notwendigkeit des politischen Sachdiskurses als dem Selbstverständnis der vor den Wahlen besonders publizitätsfixierten Politiker zu verdanken.

Im Großen und Ganzen ist aus Analysen solcher Fälle zu lernen, dass den *Journalisten* angesichts der beobachtbaren Mediatisierungsphänomene in der gegenwärtigen Phase *mehr Fremdverständnis* für die Notwendigkeit öffentlicher Debatten über komplexe Policy-Probleme, den *Politikern* aber *mehr Eigensinn* für den Nutzen solcher Debatten im Herrschaftsdiskurs zu empfehlen ist, wenn es nicht zu einem Qualitätsverlust der politischen Kommunikation und der gesellschaftlichen Selbstregulierungsfähigkeit kommen soll.

Was die Wirksamkeit dieser Empfehlungen betrifft, kann hier nur auf die Überzeugungskraft einer Theoriebildung in der Tradition Emile Durkheims gesetzt werden. Die Motivation des französischen Klassikers der Sozialwissenschaft ist u.a. zu deuten als Intention, die Akteure moderner Gesellschaften auf drohende *Anomiezustände* und daraus folgende Probleme und Konflikte hinzuweisen, um ihr Verantwortungsbewusstsein zu stärken.

Auch für die soziale Beziehung zwischen Politikern und Journalisten gilt, dass die anzustrebende Balance von Eigensinn und Fremdverstehen bei den Akteuren nur zustande kommen kann, wenn sie bei der Bildung von professionellem Handlungssinn die *Folgen* berücksichtigen, die eigene Aktivitäten auf der Gegenseite haben (können). In strenger Definition ist der Begriff *Interaktion* auf eine soziale Beziehung begrenzt, in der beide Seiten die Auswirkungen eigener Handlungen auf den

Partner bedenken und diese Handlungen im Hinblick auf ihre (möglichen) Folgen gestalten (vgl. Pöttker, 1997, 88ff.). Solche Interaktionen zeichnen sich durch ein Optimum an Selbstregulierungskapazität für eine soziale Beziehung oder eine Gesellschaft aus. Daraus folgt, dass mit einer defizitären Verarbeitung sozialer Probleme zu rechnen ist, die deshalb langfristig systemsprengende Wirksamkeit erlangen können, wenn das gegenseitig aufeinander bezogene Handeln von Politikern und Journalisten *nicht* als Interaktion gestaltet wird, d. h. ohne dass die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die andere Seite und die Rückwirkungen dieser Folgen auf den eigenen Bereich berücksichtigt werden.

Der selbstreflexive Praxisbezug auch dieses Aufsatzes liegt in der Intention, Politiker und Journalisten durch rationales und daher überzeugendes Argumentieren an die *heilsame Kraft der Interaktion* zu erinnern und so die *Folgenreflexivität ihres Handelns* zu fördern (vgl. auch Pöttker, 1997 und 2003).

5. Ein idealtypisches Raster aus handlungstheoretischer Sicht

Unter Rückgriff auf Durkheims Integrationskonzept lässt sich ein Neun-Felder-Schema skizzieren, in das sich Mediatisierungs-, aber auch andere historische Phänomene und Probleme der Beziehung zwischen Politik und Medien einordnen lassen:

Abb. 1: Handlungsweisen von Politikern und Journalisten in der sozialen Beziehung *zwischen* Politik und Medien (Muster des auf die jeweils andere Seite bezogenen subjektiven Sinns)

		Politiker		
		Fremd-vergessenheit	Balance	Selbstvergessenheit
	Fremd-vergessenheit		*Mediatisierung (z.B. Skandalisierung der politischen Berichterstattung)*	*Mediatisierung*
Journalisten	Balance			*Mediatisierung (z. B. Entsachlichung von Wahlkämpfen)*
	Selbst-vergessenheit			

Fremdvergessenheit: Eigensinn > Fremdverständnis
Balance: Eigensinn und Fremdverständnis ausgewogen
Selbstvergessenheit: Eigensinn < Fremdverständnis

Es ist auffällig und aus wissenschaftlichem Blickwinkel unbefriedigend, dass Mediatisierungsphänomene gleich in *drei* Felder des Schemas passen, ohne dass eine

differenziertere und präzisere Begrifflichkeit dafür zur Verfügung steht. In den übrigen Feldern des Schemas herrscht dieser Mangel an Begriffen nicht:

Abb. 2: Handlungsweisen von Politikern und Journalisten in der sozialen Beziehung zwischen Politik und Medien (Muster des auf die jeweils andere Seite bezogenen subjektiven Sinns)

		Politiker		
		Fremd vergessenheit	Balance	Selbst- vergessenheit
Journalisten	Fremd- vergessenheit	***Nachzensur***	***Mediatisierung (z. B. Skandalisierung der politischen Berichterstattung)***	***Mediatisierung***
	Balance	***Camouflage***	***funktionale Konflikte***	***Mediatisierung (z. B. Entsachlichung von Wahlkämpfen)***
	Selbst- vergessenheit	***Propaganda, Parteipublizistik***	***verdeckt parteinahe Publizistik***	?

□ Dominanz der Politik
▨ Dominanz der Medien
▩ Funktionale Ausgewogenheit

Fremdvergessenheit: Eigensinn > Fremdverständnis
Balance: Eigensinn und Fremdverständnis ausgewogen
Selbstvergessenheit: Eigensinn < Fremdverständnis

Je weiter links und je weiter oben in dem Raster, desto leichter lassen sich passende Termini finden. Zwei Interpretationsmöglichkeiten, die nicht als Alternativen aufzufassen sind, seien am Ende noch angedeutet:

- Es kann sein, dass wir uns in einem Prozess befinden, in dem die Jahrhunderte lange Dominanz der Politik über den Journalismus sich *umkehrt*, also von einer *Dominanz der Medien über die Politik abgelöst* wird. Thomas Meyer legt diese Interpretation nahe, etwa wenn er in systemtheoretischer Begrifflichkeit formuliert: „Von einer Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem kann (...) dann gesprochen werden, wenn die dem Mediensystem eigentümlichen Regeln auf das politische System übergreifen und dessen eigentümliche Regeln dominieren oder gar außer Kraft setzen. Diesem Zustand nähern sich nach dem amerikanischen Beispiel nun auch die westlichen Parteiendemokratien in raschen Schüben an" (Meyer, 2001, 10).
- Es könnte aber auch sein, und diese Interpretation wird durch eine handlungstheoretische Perspektive nahe gelegt, dass die Zugrichtung von links oben nach rechts unten im Raster als Trend zur *Lockerung der Bindung* an funktionsspezifische Diskurslogiken und professionelle Ethiken *überhaupt* zu erklären ist, sei es nun in der Politik, im Journalismus oder in anderen Berufen. Mediatisierung

wäre dann eine spezifische Erscheinung der gegenwärtigen Entwicklungsphase der Moderne, die etwas vage und auch irreführend (vgl. Pöttker, 1997, 9-11) *Postmoderne* genannt wird. In diesem Fall dürften wir das rechte untere Feld leer lassen oder etwas wie *Beliebigkeit* hineinschreiben. Aber damit wäre eine ganz andere Debatte über die Mediengesellschaft eröffnet.

Literatur

Adorno, Theodor W./Albert, Hans/Dahrendorf, Ralf/Habermas, Jürgen/Pilot, Harald/Popper, Karl R. (1969), *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied/Berlin: Luchterhand.

Bohrmann, Hans/Jarren, Otfried/Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (Hg.) (2000), *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*, Theoretisch-methodische Implikationen längerfristiger Analysen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Bramstedt, Ernest K. (1971), *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925-1945*, Frankfurt a.M.: S. Fischer.

Coser, Lewis A. (1965), *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied: Luchterhand.

Donsbach, Wolfgang (2002), *Grußwort, Willkommen zur DGPuK-Tagung in Dresden*, in: DGPuK (Hg.), *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*, DGPuK Jahrestagung 29. Bis 31. Mai 2002, Dresden: DGPuK, S.3.

Dörner, Andreas (2001), *Politainment*, Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Durkheim, Emile (1977), *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, eingel. v. Niklas Luhmann, übers. v. Ludwig Schmidts, Frankfurt a. M.: Suhrkamp (französische Originalausgabe: *De la division du travail social*, Paris 1893).

Grzella, Stefanie/Pfingsten, Stefan (1993), *Das Interview*, Genese einer journalistischen Darstellungsform in den USA von 1830 bis 1872, Vorentwurf einer historisch geleiteten Theorie, Dortmund: Institut für Journalistik (unv. Studienarbeit).

Heinrich, Jürgen (1998), Ökonomische Theorie der Personalisierung des Politischen, in: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hg.), *Die Veröffentlichung des Privaten – Die Privatisierung des Öffentlichen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 332-339.

Holtz-Bacha, Christina (Hg.) (1999), *Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien*, Ein Reader zum Wahljahr 1998, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Høyer, Svennik (1998), *Constructing Epochs in the History of the Press*, in: Nordicom Review, Jg. 19, Nr. 2, S. 3-16.

Imhof, Kurt/Bonfadelli, Heinz/Blum, Roger/Jarren, Otfried (2002), *Mediengesellschaft: Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken*, Thematische Skizze des Mediensymposiums Luzern 2002, Zürich: Universität/Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög).

Jürgs, Michael (2002), *Was kostet der Kopf eines Politikers?*, in: Der Tagesspiegel, 28. 7. 2002.

Karst, Theodor (Hg.) (1976), *Reportagen*, Stuttgart: Reclam.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1901), *Womit beginnen?*, in: ders (1976), Werke, Bd. 5, Mai 1901-Februar1902, Berlin: Dietz, S.5-13.

Meyer, Thomas (2001), *Mediokratie*, Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Nieland, Jörg-Uwe (2002), *Fiktionalisierung der politischen Kommunikation*, Zwischen strategischem Kalkül und Entleerung der Politik, in: Baum, Achim/Schmidt, Siegfried J. (Hg.), *Fakten und Fiktionen*, Über den Umgang mit Medienwirklichkeiten, Konstanz: UVK, S. 499-513.

Pöttker, Horst (1980), *Zum demokratischen Niveau des Inhalts überregionaler westdeutscher Tageszeitungen*, Wissenschaftstheorie und Methodologie – Normative Demokratietheorie – Quantitative Inhaltsanalye. Hannover: SOAK.

Pöttker, Horst (1996), *Politikverdrossenheit und Medien*, Daten und Reflexionen zu einem virulenten Problem, in: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Weßler, Hartmut (Hg.), *Medien und politischer Prozeß*, Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 59-71.

Pöttker, Horst (1997), *Entfremdung und Illusion*, Soziales Handeln in der Moderne, Tübingen: Mohr Siebeck.

Pöttker, Horst (2002), *Integration durch Journalismus contra gesellschaftliche Pluralität?* Emile Durkheim revisited, in: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hg.), *Integration und Medien*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 323-335.

Pöttker, Horst (2003), *Kommunikationsstörungen? Zur Systematik der sozialen Beziehung zwischen Politikern und Journalisten*, in: Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (Hg.), *Machtdarstellung und Darstellungsmacht,* Beiträge zur Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Baden-Baden: Nomos, S. 149-167.

Pürer, Heinz/Raabe, Johannes (1994), *Medien in Deutschland*, Bd. 1, Presse, München: Ölschläger.

Sarcinelli, Ulrich/Schatz, Heribert (Hg.) (2001), *Mediendemokratie im Medienland?* Inszenierungen und Themensetzungsstrategien im Spannungsfeld von Medien und Parteieliten am Beispiel der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Jahr 2000, Opladen: Leske + Budrich.

Schatz, Heribert/Adamczewski, Klaus/Lange, Klaus/Nüssen, Ferdinand (1981), *Fernsehen und Demokratie*, Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Stadelmann, Bernd (2002), *Was hat Scharping zu verbergen?*, Wirbel um Honorare – Verteidigungsminister: Geld ordentlich versteuert, in: Stuttgarter Nachrichten, 18. 7. 2002.

Timm, Roland (2002), *„Im Zweifel kauft man dann eben nicht"*, Interview mit dem früheren „stern"-Chef Michael Jürgs, in: Hamburger Abendblatt, 20. 7. 2002.

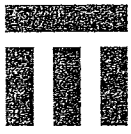
Weber, Max (1972[5]), *Wirtschaft und Gesellschaft*, Grundriß der verstehenden Soziologie, hrsg. v. Johannes Winckelmann, Studienausgabe, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (1982), Der Sinn der „Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: ders. (1982[5]), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hrsg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 489-540.

Kurt Imhof · Roger Blum
Heinz Bonfadelli · Otfried Jarren (Hrsg.)

Medien-gesellschaft

Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

VS Verlag für Sozialwissenschaften
Entstanden mit Beginn des Jahres 2004 aus den beiden Häusern
Leske+Budrich und Westdeutscher Verlag.
Die breite Basis für sozialwissenschaftliches Publizieren

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage November 2004

Alle Rechte vorbehalten
© VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2004

Lektorat: Barbara Emig-Roller

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz.
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-531-14372-7

Inhalt

Einleitung
(Kurt Imhof/Otfried Jarren/Roger Blum/Heinz Bonfadelli) 9

Einführung
(Kurt Imhof) 19

I. Was ist die Mediengesellschaft?

Die Mediengesellschaft oder das Dilemma der Unvereinbarkeit von Identität und Universalität
(Michael Haller) 33

Informationsgesellschaft oder Mediengesellschaft?
(Werner A. Meier/Heinz Bonfadelli) 57

Mediengesellschaft – der Gesellschaftsbegriff im Spannungsfeld der Modernetheorie
(Esther Kamber) 79

Medienhandeln als Alltagshandeln.
Über die Konstituierung gesellschaftlicher Identität durch cultural citizenship in der Mediengesellschaft
(Elisabeth Klaus/Margret Lünenborg) 100

Indikatoren für die Medialisierungsforschung: Konzepte von Wirklichkeitskonstruktion als Bausteine der Mediengesellschaft
(Edzard Schade) 114

Mediengesellschaft: auf dem Wege zu einem Konzept
(Ulrich Saxer) 139

II Medienlogiken in der Wissenschaft: Diktat der Aufmerksamkeit?

Steht die Wissenschaft unter Mediatisierungsdruck?
Eine Positionsbestimmung zwischen Glashaus und Marktplatz
(Urs Dahinden) 159

Wissenschaftsjournalismus in der Aufmerksamkeitsökonomie
(Stephan Ruß-Mohl) 176

Wissenschaft und Öffentlichkeit: multiple Grenzziehungen
(Michael Schanne/Urs Kiener) 195

III Medienlogiken in der Ökonomie: Kontingenzerweiterung?

Moralin fürs Volk
Gründe und Auswirkungen der Moralisierung in der Politik- und Wirtschaftsberichterstattung aus einer modernen ökonomischen Perspektive
(Jürgen Heinrich/Frank Lobigs) 211

Aufstieg und Fall der New Economy
Zur Medialisierung der Börsenarena
(Stefan Tobler) 231

Reputationskonstitution in der Mediengesellschaft
(Mark Eisenegger) 262

IV Medienlogiken in der Politik: Neukonstitution des Politischen?

Das politische Dilemma medialer Produktion
(Christian Steininger) 295

Metaberichterstattung
Begründung eines Konzepts der Medienselbstthematisierung und Publicity-Thematisierung in internationalen Wahlkämpfen
(Frank Esser) 314

Maßstab: Balance von Eigensinn und Fremdverstehen
Zur Analyse der Kritik an der Mediatisierung
(Horst Pöttker) 347

Ist die funktionalistische Skandaltheorie empirisch haltbar?
Ein Beitrag zur Interpendenz von Politik und Medien im Umgang mit Missständen in der Gesellschaft
(Hans Matthias Kepplinger/Simone Christine Ehmig) 363

Zum Verhältnis von Fernsehen und Politik in Zeiten der Medialisierung politischer Kommunikation
(Heribert Schatz/Jörg-Uwe Nieland) 376

Zur Unterschätzung der Eigenlogik des Politischen: Plädoyer für eine Rekontextualisierung der politischen Kommunikationsforschung
(Ulrich Sarcinelli) 400

Autoren 411